



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 05.01.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 23. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 15.12.2011**

öffentlich

**6.4 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock
3799/2011**

und

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2011
AN/2290/2011**

Frau Kröger (Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) bittet eingangs darum, die Beratungsfolge um den Sportausschuss zu erweitern, weil auch dessen Belange tangiert seien. Anschließend bittet sie ihren Mitarbeiter, Herrn Wevering, Leiter der teilräumlichen Planung, welcher die Untersuchung maßgeblich begleitet habe, die Verwaltungsvorlage vorzustellen.

Herr Wevering (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation ausführlich Inhalt und Ziele der vorliegenden Verwaltungsvorlage.

Vorsitzender Klipper und die anderen Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses bedanken sich herzlich für den informativen und positiven Vortrag. Vorsitzender Klipper führt fort, für ihn scheine ein großer Traum in Erfüllung zu gehen. Er habe schon immer für die Verlagerung des Großmarktes geworben um die Fläche einer wesent-

lich besseren Nutzung zuzuführen. Zusammen mit der Bewerbung zur Bundesgartenschau habe man nunmehr die Chance, ein wirklich zukunftsweisendes Innenstadtmodell zu entwickeln. Bezüglich der Vorschläge zu den verschiedenen Nutzungen wolle er erst noch die Meinung der Bürger vor Ort und der politischen Gremien einholen. Aber die Idee, einen breiten Grüngürtel auf dem Gebiet des Großmarktes mit Anschluss an den westlichen Grüngürtel bis hin zum Rhein anzulegen, finde er hervorragend. Im Folgenden begründet er den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

RM Zimmermann schließt sich den Worten des Vorsitzenden Klipper an. Die Untersuchung biete eine hervorragende Grundlage für konstruktive Diskussionen. Auch habe er nichts dagegen, den Änderungsantrag der CDU zur Beratung in die weiteren Gremien zu geben.

RM Moritz zeigt sich ebenfalls erfreut über den Qualitätssprung gegenüber früheren Planungen. Damals habe man allenfalls über Straßenbegleitgrün, nicht aber über einen Grüngürtel gesprochen. Verantwortlich für die positive Entwicklung seien nicht zuletzt der Masterplan und die Bewerbung zur Bundesgartenschau. Nunmehr werde ein Instrumentarium geschaffen, die Zielvorstellungen zu verwirklichen, indem unter anderem Einfluss auf die Eigentumsverhältnisse ausgeübt werden könne. Der Antrag der CDU-Fraktion sei zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, da es nicht um konkrete Nutzungen gehe sondern erst einmal nur um den konzeptionellen Ansatz. Derzeit interessiere sie vielmehr die Dimension und Abgrenzung des Plangebietes. Oberstes Ziel sei die Schaffung einer Verbindung des Inneren Grüngürtels in den südlichen Teil, dessen Nahtstelle die Luxemburger Straße sei mit der vorhandenen, schlechten Querungsmöglichkeit in Höhe des Tunnels Richtung des Gerichtsgebäudes und der Tiefgarage. Sie plädiere daher dafür, das Erweiterungsgebiet zumindest auf diese Tiefgarageneinfahrt auszudehnen. Nur so werde deutlich dokumentiert, dass eine Verbindung des Grüngürtels über die Luxemburger Straße und den Eifelwall bis hin zum Rhein einvernehmlich gewünscht werde. Sie fragt an, ob die im Konzept vorgesehenen beiden Abschnitte zeitlich auch nebeneinander durchgeführt werden könnten und welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen die Maßnahmen des CDU-Antrages hätten.

RM Sterck hält die Bewerbung zur Bundesgartenschau mit den damit verbundenen Maßnahmen für das größte stadtentwicklungspolitische Projekt der nächsten Jahre. Nunmehr könnten die von seinen Vorrednern angesprochenen Umgestaltungen verwirklicht werden, an denen selbst Adenauer wegen der fortschreitenden Industrialisierung gescheitert sei. In Bezug auf die Verbindung zwischen Marktstraße und Vorgebirgstraße, also dem Bischofsweg sowie der Übergang der Kreuznacher Straße in die Marktstraße, welche beide in dem Konzept vom städtebaulichen Masterplan abwichen, rege er in Anbetracht eines solch bedeutsamen Projektes weitere Überlegungen an.

SE Hornemann begrüßt ebenfalls das Projekt. Die Anregungen mögen gesammelt und anschließend diskutiert werden. Er fragt an, ob Hinweise auf weitere Bodendenkmale, als das genannte, vorlägen.

SE Baatz fragt in Bezug auf Seite 21 unter der Überschrift „Altenhilfe“ nach, ob konkrete Zahlen noch beziffert würden. Ferner fände er es für die Bürgerbeteiligung wichtig, wenn im Nutzungskonzept (Seite 10) die vorhandenen Pflegeplätze und Seniorenwohnungen mit eingezeichnet würden.

Frau Kröger geht auf den CDU-Antrag ein. Grundsätzlich habe sie keine Bedenken, diesen in die weiteren Beratungen zu geben, gibt jedoch zu Bedenken, dass zum ersten Punkt auch Denkmale angetastet würden. Bezüglich der gewollten universitä-

ren Nutzungen, beschrieben unter Punkt zwei, habe sie hingegen grundsätzlich keine Einwendungen. Anschließend lässt sie sich vom Vorsitzenden Klipper anhand der Planunterlagen erläutern, welches Gebiet genau zu Punkt drei des Änderungsantrages gemeint sei. Die Anregung von Frau Moritz, das Sanierungsgebiet über die Luxemburger Straße hinaus zu erweitern, finde sie gut und werde sie gerne aufgreifen.

Herr Wevering antwortet auf die Fragen des Seniorenvertreters Baatz, dass sich die Konkretisierung der Nutzungen frühestens in der nächsten Dekade herausstelle. Erst dann lägen verlässliche Zahlen, auch in Bezug auf die Bedürfnisse älterer Mitmenschen vor. Bezüglich der Frage nach den Bodendenkmalen des SE Hornemann verweise er auf die Karte 6 mit den Planungsvorgaben. Dort seien alle bekannten Bodendenkmale eingetragen. Die von Herrn Sterck angeregte Verlegung des Bischofsweges sei bereits geprüft und in Karte 11 (Verkehrskonzept) als Variante 1 dargestellt worden. Die Verwaltung sei dabei zu dem Ergebnis gelangt, dass diese Variante mit einer Verlegung des Bischofswegs nach Süden aufgrund des dann notwendigen Eingriffs in den geschützten Landschaftsbestandteil der Raderberger Brache nicht weiter verfolgt werden sollte. Aufgrund der Errichtung neuer Wohnbebauung an der Koblenzer Straße sollte hier auch keine neue Hauptverkehrsstraße mit einer Weiterführung entlang des Eisenbahnringes geführt werden, wie sie in 2003 als Alternative zum bestehenden Hauptverkehrszug Schönhauser Straße, Marktstraße, Bischofsweg diskutiert worden ist. Insgesamt stelle das Entwicklungskonzept eine Rahmenplanung dar, die nachfolgend einer städtebaulichen Qualifizierung bedürfe.

Beigeordneter Streitberger geht auf die Thematik der Wohnbebauung im nördlichen Teil des KVB-Geländes ein. Derzeit könne er hierzu keine abschließende Bewertung abgeben. Sofern gewollt, müsste im Rahmen einer Sanierungssatzung das klare Ziel definiert werden, die Gebäude zu erwerben und niederzulegen. Grundsätzlich gelte aber der Bestandsschutz und im Falle des Widerstandes der Eigentümer bestehe natürlich die Gefahr, dass die Ziele nicht erreicht werden könnten; zumal eine Enteignung nicht vorgesehen sei. Insofern halte er es rechtlich für bedenklich, einen Sanierungsbebauungsplan aufzustellen, welcher möglicherweise unrealistische Ziele verfolge. Diese Problematik werde er aber gerne noch genauer und tiefer untersuchen und das Ergebnis zur nächsten Beratung in diesem Gremium vorlegen.

Vorsitzender Klipper hofft auf ein positives Prüfergebnis und stellt den Verweisungsbeschluss mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Ergänzung, die Beratungsfolge um den Sportausschuss zu ergänzen, zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Beschlussvorlage **und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion** zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen sowie in den Jugendhilfeausschuss, den Liegenschaftsausschuss, den Ausschuss Schule und Weiterbildung, den Ausschuss Soziales und Senioren, den Ausschuss für Umwelt und Grün, den Verkehrsausschuss, den Wirtschaftsausschuss **und in den Sportausschuss.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.